

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Brockmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haackstein & Vogler, G. L. Dausse,
Invalidenten, Berlin, Bern, Frankfurt, Mar. Bernmann,
Eberfeld, B. Hines, Greifswald G. Jülich, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Herr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Dola-Dreyfus.

In der Dreyfus-Frage nimmt die „Indépendance belge“, die stets als ein französisches freundschaftliches Organ gegolten hat, mit aller Entschiedenheit Stellung gegen das Kabinett Méline. Unter der Ueberschrift: „Wichtige Erklärung über die Dreyfus-Angelegenheit“ drückt sie die kategorischen Aeußerungen des belgischen Staatssekretärs Herrn von Wilow ab und knüpft daran anleitend Stelle Betrachtungen, in denen ausgesprochen wird, daß der parlamentarische Sieg in der französischen Deputiertenkammer gegenüber der Erklärung des Herrn von Wilow in nichts zerfalle. „Diese Erklärung“, schreibt die „Indépendance“ in der gestern Abend eingetroffenen Ausgabe, „nimmt entgeltlich Herrn Méline das einzige Argument, das er vernünftigerweise anrufen konnte, um seine Anspielungen auf unabweisbar scheinende äußere Verwicklungen zurückzuführen. Er hat zu mehrfach wiederholten Malen von der Gefahr eines Krieges gesprochen. Da nun diese Gefahr in Bezug auf Deutschland beseitigt ist, von welcher Seite könnte man sie in Frankreich ernsthaft fürchten? Von Seiten Italiens? Dies kann nicht einmal zur Diskussion gestellt werden. Von Seiten Spaniens, Oesterreichs, Rußlands? Dies kann nur Lächeln erregen. Die Erklärungen des Herrn von Wilow legen das ganze System schlechter Gründe bloß, die von der französischen Regierung angerufen wurden, um den Versuch zu machen, eine Angelegenheit zu ersticken, die von ihr, es ist richtig, nicht eingeleitet worden ist, in der es aber schwierig ist, nicht volles Licht zu verbreiten, ohne das Gerechtigkeitsempfinden der ganzen Welt zu empören.“

Dazu schreibt die „Nat.-Ztg.“: Diese Auffassung der „Indépendance belge“ wird sicherlich in der ganzen zivilisierten Welt geteilt werden. Geradezu protestieren die Bemerkungen der holländischen französischen Blätter, die Wichtigkeit der Erklärungen des belgischen Staatssekretärs in Frage zu stellen, mit dem Hinweis, daß ein deutscher Diplomat die Spionage des Dreyfus in Abrede stellen müßte. Solche abgemessenen Phantasien können nur in Organen aufgehen, die selbst in der ganzen Angelegenheit nur durch Lug und Trug wirken. Da diese Organe aber in Verbindung mit maßgebenden französischen Kreisen stehen, so könnte aus ihrer Sprache eine einzige Konsequenz gezogen werden: daß nämlich Dreyfus in der That unschuldig ist, so daß ein Justizmord vorliegen würde, falls die Revision des Prozesses nicht erfolgen sollte. Galtens nämlich die französischen Behörden an der Auffassung fest, daß Dreyfus an Deutschland militärische Geheimnisse verrathen habe, so muß diese Anschuldigung hinfällig werden, nachdem Herr von Wilow seine Erklärungen in der Deputiertenkammer des belgischen Reichstages abgegeben hat. Daß aber eine solche durchaus grundlose Auffassung jenseit der Grenzen in Wirklichkeit vorhanden, ergibt sich aus der früheren Anlage, die gegen Dreyfus, in der behauptet wurde, Dreyfus sei mit Tübingen der deutschen Behörden ohne Paß und besondere Erlaubnis zu wiederholten Malen nach dem Elsaß gereist. Emile Zola wird jedenfalls nicht verfehlen, in dem gegen ihn vor dem Pariser Schwurgericht angestrenzten Prozesse die französische Regierung, die aus ihrem Dilemma nicht heraus kann, noch mehr in die Enge zu treiben.

Wie der „Welt Pariser“ mitteilt, empfängt Emile Zola nur noch wenige Personen und lebt still und zurückhaltend. Matthieu Dreyfus dagegen entfaltet eine sehr rege Thätigkeit. Er geht Morgens aus und kehrt erst spät Abends zurück. Zola sowohl wie Dreyfus stehen unter direkter politischer Aufsicht. Geheime Depeschen aus Paris befehlen, der ehemalige Minister Ginot habe den Minister des Auswärtigen Sanotuz aufgefordert, seinen Einfluß geltend zu machen, damit das an Dreyfus begangene Unrecht gestrichelt werde. In Folge der Erklärungen des belgischen Staatssekretärs v. Wilow werde das gesamte Ausland fest davon überzeugt sein, daß die französische Regierung mit fanatischer Hartnäckigkeit einen Unschuldigen als Verräther hinfühle.

Zola arbeitet an einer Erklärung über die Affaire Dreyfus, welche fast den Umfang einer Denkschrift haben dürfte, und die er bei Beginn seines Prozesses vorlesen will.

Das Pariser Anklagepolizeigericht begann gestern die Verhandlung in dem Verleumdungs-

prozeß, welcher gegen Rochfort von Reinach angestrengt ist wegen eines in dem „Intransigent“ veröffentlichten Artikels, in welchem Reinach beschuldigt wird, der Urheber des mit „Otto“ unterzeichneten, die Dreyfus-Angelegenheit betreffenden Briefes zu sein. Nach der Rede des Verteidigers Reinach's, Barbour, wurde die weitere Verhandlung auf 8 Tage verschoben. Vor dem Gerichtssaal waren Vorsichtsmäßig mehrere Hunderte von Personen versammelt, die Menge empfing Rochfort beim Herausgehen mit lebhaften Kundgebungen.

Aus Alger liegen von gestern nur vereinzelte Meldungen von Ausschreitungen vor. Ein Spanier wurde von Juden durch Steinwürfe verwundet. Ein Eingeborener schoß auf einen Unteroffizier, welcher von einer Dame begleitet war. Die Dame wurde an einer Wange leicht verletzt.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser lag bei seinem gestrigen Besuch in der Georgenkirche in Berlin die Glocken läuten und besichtigte die Einrichtung, die mit Hilfe der Elektricität das Geläute in Bewegung bringt. Als man nach dem Verlassen des Thurmes wieder draußen vor dem Portal des Gotteshauses sich befand, blühte der Kaiser, dem Schall des noch fortwährenden Geläutes folgend, zum Thurm hinauf und sagte: „Wunderbar ist es doch! Solches Glockengeläute haben die Chinesen schon vor vielen tausend Jahren gehabt!“ Majestät, erwiderte hierauf Superintendent Wegner, „da können wir vielleicht noch etwas in Rücksicht lernen.“ „Nun“, erwiderte der Kaiser, dazu wäre jetzt allerdings die beste Gelegenheit gegeben, denn drei Kirchen müssen sie uns dort bauen.“ — In Charlottenburg ist nach schwerem Leiden im 78. Lebensjahre der Generalmajor **J. D. Karl von Gröndler** gestorben. Derselbe hat während des Krieges 1870-71 als Oberlieutenant ein belgisches Infanterie-Regiment mit Auszeichnung geführt und ist zuletzt Kommandant von Kolberg gewesen. 1876 war er zur Disposition gestellt worden. — In Hannover starb gestern die Witwe des ehemaligen Centrumsführers **Ludwig Windhorst**, Julie, geb. Engelen, nachdem sie ein Alter von fast 93 Jahren erreicht hatte. — In Kassel ist Generalleutnant **J. D. Strecker** nach langem Leiden gestorben. — Der öffentliche **Leichnam in Jena** hat ein Gönner, der nicht genannt sein will, 3000 Mark für ihre Beerdigung überwiesen. — Die Eisenader Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes hatte an die weimariische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, sie möge aus nationalen Gründen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß in Zukunft die Lose der **holländisch-anhaltischen Lotterie** nicht mehr einen Aufdruck in französischer, russischer und englischer, sondern lediglich in deutscher Sprache erhalten. Es wird nun bekannt, daß die weimariische Staatsregierung unter Anführung geschäftlicher Gründe erklärt hat, dem Ersuchen nicht stattgeben zu können. — Aus **Elbing** wird geschrieben: Vorgänge bei der Lehrerinnenprüfung, die vor etwa 1 1/2 Jahren am hiesigen Lehrerinnenseminar stattfand, hatten das Provinzialschulcollegium in Danzig veranlaßt, den Direktor Dr. Witte mit halber Pension außer Dienst zu stellen. Herr W. legte gegen das Urtheil Berufung beim Staatsministerium ein, das vor einigen Tagen in dieser Angelegenheit verhandelte und dahin erkannte, daß der Beschluß des Provinzialschulcollegiums aufgehoben wird. Direktor Dr. Witte wird nun die Leitung der höheren Mädterschule wieder übernehmen. Die Anstalt trifft schon Vorbereitungen zum feierlichen Empfang des Direktors. — Der **Stadtgemeinde Rothbus** ist zur Annahme der **Zuwendung**, die ihr der Rentner Ferdinand Wilhelm Nibel zu Berlin mit einem in Rothbus liegenden Hausgrundstück im Werthe von 35 000 Mark und einem Kapitale von 5000 Mark zur Errichtung einer Anstalt für kranke Frauen (Pflegeanstalt) gemacht hat, die landesherrliche Genehmigung erteilt worden. Ferner ist die von der Kaufmannswitwe Auguste Köber zu Rothbus zur Versorgung weiblicher Personen der besten Stände mit ihrem etwa 496 034 Mark betragenden Nachlaß unter dem Namen „Auguste-Stiftung“ zu Rothbus begründete Stiftung unter Verleihung der Rechte einer juristischen Person landesherrlich genehmigt worden.

häuser vorgegangen. In einzelnen Fällen wird dem „Wirt“ das Geld förmlich ins Haus getragen und der Mann zum Schwindel geradezu herausgefordert.

Und es ist leider sehr wenig Aussicht auf Besserung vorhanden. Die Konkurrenz der Brauhäuser untereinander sollte doch, so könnte man glauben, dem Wirtsthanke zum Vorteil gereichen. Aber weit gefehlt, sie gereicht dem Wirtsthanke zum Nachtheil und schlägt ihm große Wunden. Die Brauhäuser unterbieten einander nämlich nicht in der Billigkeit und Vorzüglichkeit ihres Bieres. Nein, dieser Ehrgeiz ist ihnen fremd, darauf ist ihr Ehrgeiz nicht gerichtet, sie überbieten einander in der Gewährung großer Baardarlehen an unsolide, sich zu bloßen Papfentwirlen degradierende Geschäftskunden. Da hört beispielsweise ein Großbrauer, daß Herr A. oder B. dort und dort ein neues Geschäft errichten will. Flugs ist er bei ihm und offerirt ihm — nicht etwa gutes und billiges Bier, nein, er offerirt . . . ein Darlehen von 10 000 Mark! Seitens des Brauhäuses, und am anderen Tage kommt ein anderer Brauereibetreiber und offerirt ihm zu denselben Bedingungen um 5000 Mark mehr. Baargeld laßt, sagt ein Sprichwort, und es steht sehr viel Wahres darin, denn oft nimmt so ein kleiner Anfänger das Geld, ohne es bringend zu benötigen, und er ist gefangen. Aus diesem Neze ist ein Entkommen nicht so leicht möglich. Diese berechtigten Klagen der „Dsch. Wirtst.-Ztg.“ lassen sich durch eine Zusammenstellung der „Kön. Ztg.“ über Gewährung großer Baardarlehen, die in den Geschäftsberichten von Aktienbrauereien pro 1895/96 als Auswüchse figuriren, entsprechend ergänzen.

Deutschland.

Berlin 27. Januar. Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze über Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern, der Vorlage, betreffend die Aufnahme der Anlagen zur Herstellung von Gießstahlfingeln mittelst Kugelschrotmühlen in das Verzeichnis der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen, der Vorlagen, betreffend die Ergebnisse der Volkszählung von 1895, und dem Entwurf eines Regulativs, betreffend die Organisation des Reichs für das Auswanderungswesen, sowie dem Auswahlantrag zu dem Gesetzentwurf, betreffend Änderungen der Kontursordnung, und zu dem Entwurf eines zugehörigen Einführungs-Gesetzes die Zustimmung erteilt, und die Vorlage, betreffend den Entwurf zu Bestimmungen über die Wiederholung der statistischen Aufnahme des Personalstands dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Dem Reichstagsbeschluss zu dem Gesetzentwurf wegen Neuordnung der Wahlen zum Bundesausschuss von Elsaß-Lothringen wurde keine Folge gegeben. Endlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— In der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern eine Anregung des Abg. Sehen, die Errichtung von deutschen Konsulaten an den wichtigsten Handelsplätzen betreffend, vom Vertreter des auswärtigen Amtes dahin beantwortet, daß über diese Frage Verhandlungen mit der russischen Regierung schweben, die angehend vor deren Erzielung die Vollenziehung der fiktiven Eisenbahnen abzuwarten wünsch. Inzwischen sei deutscherseits in Wladivostok ein Handelsagent bestellt, dem einige konsularische Funktionen übertragen seien. Der Abg. Dasse brachte die Bitte der Deutschen in Buenos Ayres und Montevideo zur Sprache, der Bedeutung des deutschen Handels am Pa Plata entsprechend dort häufiger deutsche Kriegsschiffe zu sehen. Der Staatssekretär v. Wilow, der die Berechtigung dieses Wunsches anerkannte, versprach, sich für seine Erfüllung beim Reichs-Marineamt zu verwenden, ist aber allerdings im Voraus überzeugt, daß der Staatssekretär Tschirp bedauernd auf den Mangel an geeigneten Schiffen verweisen werde. Für das Inkrafttreten des Auswanderungsgesetzes, das einen ferneren Gegenstand der Erörterung bildet, werden die Vorbereitungen schon jetzt, so weit möglich, getroffen; das Regulativ für den einstweilen schon provisorisch in Funktion tretenden Reichstag liegt heute dem Bundesrath zur Beschlußfassung vor, und die Ausführungsvorordnung zum Gesetze befindet sich bereits in der Bundesratsausfertigung. Im übrigen bezogen sich die Verhandlungen zumeist auf die reichlichere Dotierung der deutschen Schulen im Auslande und ihre Ausstattung mit multilingualen deutschen Lehrmitteln. Den in dieser Richtung vom Korreferenten Abg. Dasse gegebenen Anregungen kam der Staatssekretär v. Wilow wohlwollend entgegen.

Oesterreich-Ungarn.

Das offiziöse „Prager Abendblatt“ konstatirt, daß die Vorlesungen an der deutschen Universität ungetrört fortgehen und die Gespräche von dem akademischen Senat bis zur Annahme seiner Resignation durch den Unterrichtsminister fortgeführt werden. Dasselbe Blatt erklärt, das Verbot des Farbertragens werde bei Eintritt ruhigerer Verhältnisse nach Schluß der Landtagsessionen wieder aufgehoben werden. — Die Hoffnung auf eine baldige Aufhebung des Verbotes war also sehr verfrüht! Es ist der alte circulus vitiosus; die Maßregel soll aufgehoben werden, wenn „ruhigere Verhältnisse“ eintreten sind — und ruhigerer Verhältnisse werden nur eintreten, wenn das Verbot aufgehoben ist. Auch die Wiener Zentralregierung legt also offenbar mehr Werth auf die Wünsche und Drohungen der Gelehrten, als auf die der Deutschen. Das ist ungemein bezeichnend für die ganze Lage in Oesterreich. Daß unter diesen Umständen die vielfach auf den Bericht des Spiegelbilders des Kultusministers nach Prag, Herrn von Dertel, gestützten Hoffnungen erst recht illusorisch werden, ist leider ein nur zu nahe liegender Schluß. Herr von Dertel ist bereits nach Wien zurückgereist und hat, wie es heißt, Bericht erstattet über die ganze politische Lage. Wenn der Niederlag aus diesem Bericht die Erklärung des Prager offiziellen Blattes ist, dann haben die Deutschen alle Ursache, ihre

Hoffnungen auf das Ministerium bedeutend herabzusetzen.

Wien, 26. Januar. Im oberösterreichischen Landtage stellte der Abgeordnete Dr. Ebenhoch im Namen der Majorität den Antrag der Dringlichkeit für den heute eingegangenen Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Reiches betreffend die Aufhebung der Sprachenverordnungen. Der Antrag wurde angenommen. Dr. Ebenhoch verlas sodann den Bericht. Der Bericht weist auf die Bedeutung der Deutschen für Oesterreich hin, verlangt gesetzliche Regelung der Sprachenfrage, und giebt dem Wunsche Ausdruck, daß sich die czechischen und deutschen Abgeordneten Böhmens und Mährens dem von der gegenwärtigen Regierung angebotenen Einvernehmen nicht entziehen werden. Heute stehe mehr auf dem Spiel als das Wohl der einzelnen Volksstämme, es handle sich um die Zukunft des Vaterlandes. Die Verbesserung der Verhältnisse und die Herstellung des nationalen Friedens wären das schönste Angebinde zu dem 50jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Josef. Der Bericht schließt mit dem Antrag auf Abänderung der Sprachenverordnungen und auf gesetzliche Regelung der Sprachenfrage und spricht die Überzeugung aus, daß eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende sprachliche Dreitheilung Böhmens das beste Mittel sei, die staatsrechtliche Gestaltung der Monarchie voll aufrecht zu erhalten. Der Ausschuss beantragte, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf wegen Einführung der deutschen Sprache als alleiniger Unterrichtssprache der öffentlichen Schulen Oesterreichs vorzulegen.

Italien.

Rom, 26. Januar. Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Bonin erwidert auf eine Anfrage Randaccio betreffend die Gefangennahme des Kapitän und der Matrosen der „Fiducia“ durch Kippiraten, giebt einen historischen Rückblick über die Angelegenheit und sagt, die Befreiung sei erreicht worden unter freundschaftlicher Beihilfe der spanischen Regierung, was anerkannt werden müsse. Nachdem die Freilassung erreicht worden, seien von der Regierung schmerzliche Maßnahmen getroffen worden, um eine angemessene Entschädigung zu erlangen und die Wiederholung derartiger Angriffe zu verhindern. Sie halte den Sultan von Marokko für verantwortlich und werde energisch verlangen, daß dem Kapitän, der Mannschaft und dem Heber der „Fiducia“ ein entsprechender Schadenersatz gezahlt werde. Sollte sich die Regierung von der Unfähigkeit der marokkanischen Behörden, wirksame Abhilfe zu schaffen, überzeugen, so werde sie im Verein mit den anderen beteiligten Mächten prüfen, mit welchen Mitteln man ohne Störung des Gleichgewichts der dort vorhandenen ausländischen Interessen eine Gewähr für die Sicherheit der Schifffahrt in den Niffgewässern schaffen könne.

Rom, 26. Januar. Die Deputiertenkammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 149 gegen 101 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend das Avancement in der Armee, nachdem der Entwurf bereits gestern durch Abstimmung mit 149 gegen 101 Stimmen angenommen worden war.

Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches der Kriegsminister ermächtigt wird, einen Theil der Jahresschiffe vom Jahre 1874 auf den 29. d. M. einzuberufen.

England.
Zu den Plänen, die seit Längem von den Engländern gehegt werden, gehört die Abklärung der Verbindung nach Indien durch eine Eisenbahn vom Mittelmeer durch das Enghatthal bis zum Persischen Golf. Zu den Vorbedingungen dieser Bahn würde allerdings eine Festlegung der Engländer im Mündungsgebiete des Schatels Arab gehören. Das hat sich bis jetzt nicht ermöglichen lassen, und neuerdings hat sich an der arabischen Seite des Meerbusens eine Verschärfung der Besitzverhältnisse zugetragen, die die britischen Absichten noch weiter erschweren dürfte. Die bisher nur auf dem Papier stehende Oberhoheit des Sultans über die dortigen Gebiete ist an einem wichtigen Punkte in formeller Weise ausgeprochen worden. Südlich von Aden liegt die sogenannte arabische Republik Kuet oder Koweit. Ihr bisheriges Oberhaupt war von seinem Bruder Mubarek-es-Sabah ermordet worden. Diesen aber hat jetzt der Sultan zum

Bischofsgouverneur des Gebietes ernannt und es damit für türkisches Besitztum erklärt. Zur Sicherung ihrer Ansprüche soll die Flotte einige Bataillone des 6. Armeekorps aus Bagdad nach Kuet auf zwei Dampfern entsandt haben. Daß die Engländer die Vorgänge am Persischen Meerbusen scharf überwachen, ergibt ein bei Kiosh eingegangenes Telegramm aus Mastat Mastat von gestern, demzufolge das englische Kanonenboot „Lapwing“ den Dampfer „Baluchistan“ weggenommen hat, der mit Waffen und Munition für den Persischen Golf auf der Reise von London nach Aden begriffen war. Das Schiff wurde mit Beschlagnahme belegt, die Ladung hat der englische Konsul in Verwahrung. — „Reuter's Bureau“ erzählt, daß in London eine amtliche Bestätigung der Beschlagnahme des Dampfers eingegangen ist. Sie ist in Folge von Vorstellungen des britischen Konsuls in Mastat geschehen. Dem Vernehmen nach wird der „Baluchistan“ beschuldigt, verführt zu haben, Waffen und Schießbedarf mit Ueberretung des Gesetzes in persischen Häfen zu landen. Der „Baluchistan“ ist dasselbe Schiff, welches vor einigen Wochen in der Themse angehalten wurde, nachdem festgestellt worden war, daß seine Ladung an Waffen und Schießpulver, die von Petersburg kam, für Djibuti bestimmt war. Das Schiff ist aus Djibuti angeliefert, hat dort aber nur einen Theil seiner Ladung gelöscht. Die Beschlagnahme wird mit Rücksicht auf die in der Nachbarschaft des Persischen Meerbusens herrschenden Unruhen für richtig gehalten.

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, 23. Januar. Das schon des Oesteren gekennzeichnete, nicht gerade herzlich zu nennende Einvernehmen zwischen Schweden und Norwegen giebt häufig zu Streitigkeiten Anlaß, die einer gewissen Komik nicht entbehren. So konnte man neulich von haarsträubenden Spionage-Geschichten lesen, nach welchen höhere schwedische Offiziere in Jibbi die Festungswerke Norwegens besichtigt und Aufzeichnungen von denselben gemacht haben sollten. Nachträglich stellt sich heraus, daß die benannten Offiziere auf Veranlassung des Königs und mit Genehmigung der norwegischen Regierung sich in Norwegen aufgehalten haben, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, wie billig in Norwegen gebaut wird, und die Erfahrungen in Schweden zu verwerthen. Ein schwedischer Velozipedist, der vor einigen Wochen über die Grenze radelte, war in seiner Darnlosigkeit so unvorsichtig, die Klempe seines Hutes nach unten zu kehren. Er wurde als Schwede erkannt und gleich als ein von der schwedischen Regierung ausgelandeter Spion ausgehrieben. Ganz kürzlich machte eine norwegische Zeitung ernstlich den Vorwurf, der freien Einwanderung von geborenen Schweden über die Grenze nach Norwegen einen Damm zu legen, mit der Begründung, daß völlig mittellose Leute das Land überschwemmen, bettelten, Einbrüche verübten, überhaupt allerlei Unfug trieben. Der Einwanderung zur See dagegen sollte kein Hinderniß in den Weg gelegt werden, da dieser Weg Bürgschaft genug sei dafür, daß die betreffenden Einwanderer nicht aller Mittel bar sind.

Wie erinnert, wurde im Jahre 1893 die Apanage des Kronprinzen durch Beschluß des norwegischen Stortings von 80 000 Kronen auf 30 000 herabgesetzt. Jüngst wurde nun in der schwedischen Kammer von Seiten der Regierung der Antrag gestellt, mit Rücksicht auf den schwachen Gesundheitszustand des Kronprinzen, die den größten Theil des Jahres im Süden sich aufzuhalten gewöhnen ist, und unter Hinweis auf die Kürzung der Apanage in Norwegen des Kronprinzen Apanage um 50 000 Kronen zu erhöhen. Darob große Erbitterung in Norwegen, welches das Vorgehen der schwedischen Regierung als Verunglimpfung auffaßt. Jedenfalls wird nun die norwegische Regierung der schwedischen unvorkommen, indem sie die Apanage des Kronprinzen aus eigener Initiative auf ihren früheren Bestand erhöht, wodurch dann natürlich das Eingreifen der schwedischen Kammer unnötig wird.

Griechenland.

Athen, 26. Januar. In dem Bericht der Kommission für die Finanzkontrolle werden noch die folgenden Bestimmungen angeführt: Von 1900 an ist die Regierung zum Rückkauf der umlaufenden Banknoten im Betrage von mindestens

Diese ungeheuren Ausstände erklären sich aus Darlehen, welche die Brauereien den Wirtsthan (Kunden) geben. Eine andere Art den Bierablag zu erweitern, die aber mindestens ebenso riskant wie ungesund ist, und bei der schon viele Millionen verloren wurden, ist die Einrichtung von Biernebelanlagen und Eisfässern an kleineren Orten.

So befinden sich z. B. in Alfeld (Hann.) außer zwei Brauereien, welche ein gutes Bier herstellen, an einem Orte von ca. 5000 Einwohnern, nicht weniger als sechs Biernebelanlagen auswärtiger Brauereien und fünf Eisfässern. Auch hier werden sicher wieder viele tausende Mark verloren gehen, denn es ist kaum anzunehmen, daß alle acht Brauereien ihre Rechnung dabei finden werden. Sollte es in der Abicht der sechs auswärtigen Brauereien liegen, die zwei heimischen todt zu machen, so wird auch unter diesem ungesunden Skrupel die Vorzüglichkeit des Produktes leiden müssen.

Endlich ist noch eine dritte Art, den Bierablag zu steigern, in die Erziehung getreten. Da die Biernebelanlagen mit Eisfässern ihren Zweck doch nicht überall erfüllen, so werden kleinere bzw. mittlere Brauereien in den Provinzen vom Großkapital aufgekauft, mit Großbrauereien unter eine Regie gebracht. Aber auch diese Fabrikswirtschaft wird die erhofften Erfolge nicht aufweisen, und alle diese kostspieligen Experimente des letzten Jahrzehnts werden in einem unausbleiblichen Krach über kurz oder lang ein jähes Ende finden. Aus diesem Krach werden aber unserm, auf solider Basis ruhendem Gewerbe wieder geordnete und erfreuliche Zustände erblühen, nachdem das Großkapital eingelehen haben wird, daß die Brauerei in Deutschland kein brauchbares Objekt für Spekulationen nach amerikanischem Muster ist.

Das Großkapital und die Gastwirth.

Unter dieser Spitze macht ein Eingeweihter, Herr C. Leuthold, in dem Organ für Brauereien, „Deutsche Brau-Industrie“, sehr beachtenswerthe Ausführungen, welche nicht nur auf die angeführten großen bayerischen Brauereien passen. Derselbe schreibt: „In fünfzehn Jahren werden wir sehr wenige Gastwirth haben, die selbstständig ihr Geschäft betreiben werden — mit anderen Worten, wir werden sehr wenige Wirtsthe besitzen, die gänzlich unabhängig von Großbrauereien ihr Gewerbe betreiben können.“

Dieser Ausspruch eines langjährigen, sehr renommierten Gastwirthes in der „Berliner Gastwirthszeitung“ ist vollständig richtig. Eine wilde Jagd hat sich am Nordsee entpinnen, um die Produktion der einzelnen Großbrauer zu heben, und wenn heute ein besseres Wirtsthegeschäft zum Verkaufe gelangt, so erleben wir das merkwürdige Schauspiel, daß eine Brauerei die andere überbietet, um das Geschäft zu erhalten und „ihren“ Wirtst, d. h. denjenigen, der sich schriftlich und notariell verpflichtet, nur einzig und allein ihr Bier zu schenken, in das Geschäft einzufügen. Und dies Alles, um die Kundenschaft zu behalten oder zu erlangen. Es werden reine Va banque-Geschäfte gemacht, Geschäfte so bedenklicher Natur wie das riskanteste Börsengeschäft. Den obstruktiven Individuen und dunklen Existenzen werden oft Tausende baar auf die Hand von Großbrauereien ausbezahlt und wie häufig avancirt auf diese Weise ein ganz Geschäftsunkundiger über Nacht zum Wirtst, nur weil er sich würdig zeigt, der gefügige Sklave eines Brauereihäuses zu werden. Es ist klar, daß dadurch das Geschäft nicht solider und der Wirtsthand nicht solvabler wird. Und wie verschiedenartig wird dabei von den Bran-

Brauereien	Aktienkapital i. Mill. Mark	Bierablag		Ausstände	
		1894/95	1895/96	1895/96	Betrug darunter bei Bankiers
		hl	hl	Mk.	Mk.
Schwabenbräu, München	6,36	528 254	512 372	5 456 856	472 772
Niederbrauerei, Leipzig	4,00	187 827	182 254	2 973 602	426 586
Widderbrauerei, Eberfeld	3,50	75 401	172 724	2 749 767	866 715
Bürgerbräu, München	3,00	202 662	228 578	2 718 803	791 488
Jägerbräu, München	2,90	129 204	181 294	2 492 687	—
Doederbräu, München	3,00	194 267	196 600	2 403 620	538 932
Reichbräu, Kulmbach	3,75	113 475	116 287	2 345 741	1 696 935
Bindungsbrauerei, Frankfurt a. M.	3,00	167 207	188 202	1 592 127	389 514
Altbrauerei, Dortmund	2,19	115 670	124 026	1 350 546	385 709
Bindenbrauerei, Linna	2,20	61 643	64 955	1 196 585	123 660
Storchenbrauerei, Speyer	2,30	145 520	151 628	1 115 440	—
Schwabenbräu, Dortmund	2,00	97 296	98 099	1 085 772	295 668
Brauereigesellschaft Demninger, Frankfurt a. M.	3,10	139 015	152 161	1 083 764	—
Brauerei zur Giche, Kiel	1,40	62 835	63 995	972 010	291 429
Unionbrauerei, Dortmund	2,00	155 373	159 001	966 224	—
Brauerei Stern, Frankfurt a. M.	1,80	106 548	112 818	950 713	86 631
Salzatorbrauerei, München	2,00	61 792	68 423	915 155	62 870
Erste Kumbacher Aktienbrauerei	1,23	171 030	185 542	908 079	439 735
Höfelbrauerei, Düsseldorf	1,70	59 691	64 046	904 040	—
Brauerei Aktien-Gesellschaft Raff	1,35	44 267	48 094	865 906	98 675
Gebr. Müller, Langendreer	1,32	95 799	108 261	846 821	148 053
Germania-Brauerei, Dortmund	1,30	62 167	65 785	719 275	—
Brauerei Rogenhofer, Berlin	2,73	139 045	159 304	636 457	261 802
Brauhaus, Nürnberg	1,80	69 950	78 906	635 885	—
Unionbrauerei, Berlin	3,00	88 889	102 191	635 045	260 113
Nürnberg	1,95	53 436	56 475	510 169	—
Adlerbrauerei, Köln	1,00	42 708	50 760	495 343	183 250
Reitenmeyer, Stuttgart	1,30	51 378	54 921	424 445	—
Glückaufbrauerei, Gelsenkirchen	1,80	59 617	64 088	417 394	—
Brauereigesellschaft Schwarz, Speyer	1,00	59 025	64 128	394 297	—
Biktoria-Brauerei, Berlin	1,60	51 830	55 761	344 598	164 751
Schwabenbräu, Düsseldorf	1,25	33 005	39 008	283 545	112 816
Eberl-Faberbräu, München	1,56	89 449	102 332	274 002	—

e) Niederlage erlitten,